

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Bauausschusses

am Montag, den 17.01.2022
im Onoldiasaal, Tagungszentrum Onoldia

Beginn:	16:04 Uhr
Ende	18:50 Uhr

Anwesenheitsliste

Oberbürgermeister

Deffner, Thomas

Ausschussmitglieder

Bucka, Markus, Dr.
Forstmeier, Werner
Hillermeier, Joseph
Homm-Vogel, Elke
Lösch, Daniel
Pollack, Kathrin
Reisner, Frank

Abwesend ab 18.41 Uhr - Bekanntgaben
NÖ

Sauerhammer, Gerhard
Sauerhöfer, Jochen
Schildbach, Uwe
Schoen, Christian, Dr.
Stein-Hoberg, Sabine
Stephan, Manfred
Ziegler, Bernd

1. Stellvertreter

Hessenauer, Walter

Vertretung für Herrn Claus Kotzurek

Schriftführerin

Pflug, Birgit

Verwaltung

Heinlein, Andrea

Referenten

Büschl, Jochen

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Kotzurek, Claus

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- TOP 1 Grundsatzbeschluss Standortfindung Skatepark Ansbach
- TOP 2 B+R Offensive - Radabstellanlagen am Bahnhof
- TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben
- TOP 4 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Oberbürgermeister Thomas Deffner eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß und termingerecht zur Sitzung des Bauausschusses geladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Grundsatzbeschluss Standortfindung Skatepark Ansbach

Herr Oberbürgermeister Deffner bedankt sich vorab bei Herrn Sauerhammer für sein Engagement und seine Anregungen zur Suche für einen neuen Skateplatz.

Herr Büschl nimmt Bezug zur Historie und Standortsuche und verweist auf die Sitzungsvorlage. Er stellt anhand von Plänen den neu gewählten Standort westlich der Sportanlage am Theresiengymnasium vor. Diese gut geeignete Fläche grenzt an einen Wirtschaftsweg und ist bei Notfällen oder zur Reinigung gut befahrbar. Aus Lärmschutzgründen wird die geplante Skateanlage über einen Festeinbau und keine mobilen Rampen verfügen. Entgegen der bisherigen Vorlage wird nun eine Planungsgröße von mindestens 600 m² betrachtet, auch Fachleute sprechen sich für diese Größenordnung aus.

Im Zusammenhang mit der Standortsuche für einen Skateplatz wurde ein Antrag der CSU Fraktion zur gleichzeitigen Prüfung eines öffentlichen Grillplatzes eingereicht. Die Verwaltung zeigt sich dem Antrag gegenüber aufgeschlossen, betont aber, dass dann auch die Errichtung einer Toilette notwendig sei. Die angrenzenden Schulen vertreten diese Ansicht ebenfalls. Die Verwaltung betrachtet die Anregung für eine WC-Anlage zusammen mit dem Wunsch nach einem Grillplatz positiv.

Das Vorhaben bedarf einer emissionsschutzrechtlichen Prüfung und Genehmigung, gerade auch in Hinblick auf das gegenüberliegende Wohngebiet im Stadtteil Neuses.

Herr Oberbürgermeister Deffner begrüßt das Projekt und bedankt sich in diesem Zusammenhang beim TSV 1860 Ansbach e.V. für die gute Zusammenarbeit.

Die CSU Fraktion modifiziert ihren gestellten Antrag in eine Anfrage.

Aus dem Gremium wird

- der Verwaltung und der IG Skatepark gedankt und das Vorhaben begrüßt.
- eine Zustimmung für den Antrag der CSU Fraktion signalisiert.
- angeregt, vorrangig den Skatepark und erst später den Grillplatz zu realisieren, bzw. um eine vollständige Trennung von Grill- und Skateplatz gebeten.
- beantragt, die Fläche von 600 m² als Aktivbereich der Skater (Rollfläche) zu präzisieren und in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.
- ein barrierefreier WC-Container mit einer Schlüssellösung angedacht und eine geregelte Platzvergabe für den Grillplatz angeregt.
- die Wichtigkeit eines Lärmschutzgutachtens betont.
- darauf hingewiesen, dass die analoge Fläche am Messegelände entsiegelt und komplett begrünt werden könne.
- auf die Problematik von Müll und Kohle am Grillplatz hingewiesen.

- um eine Wertschätzungsregelung für die Nutzung des Grillplatzes z.B. in Form eines geringen Entgeltes für die Reinigung gebeten.
- verdeutlicht, dass es sich bei dem genannten Fuß- und Radweg um einen öffentlichen Waldweg mit einer Breite von ca. 3 Metern handelt, welcher für Fahrzeuge gesperrt ist.
- um die Darstellung einer Zeitschiene gebeten.

Herr Oberbürgermeister Deffner erkennt die angesprochenen Müllprobleme an einem Grillplatz und spricht sich bei einer Nutzung für eine Pfandregelung als Sicherheitsleistung bei Verschmutzungen aus.

Er befürwortet grundsätzlich eine gemeinsame Planung von Skateanlage und Grillplatz. Weiterhin wird sich die Verwaltung an der Expertise der IG Skatepark mit einer Rollfläche von mindestens 600 m² orientieren.

Herr Büschl begrüßt die fehlende Befahrbarkeit des Weges mit Fahrzeugen. Den Nutzern sei es zumutbar, ihre benötigten Sachen ohne Fahrzeug zum Grillplatz zu bringen. In Einzelfällen sei eine Ausnahmegenehmigung zum Ausladen denkbar. Er könne sich eine Toilettenanlage als Containerlösung vorstellen, sehe aber Schwierigkeiten beim Verlegen von Leitungen.

Die geplante Zeitachse sehe ein Interessenbekundungsverfahren und einen Workshop vor. Bei einer unproblematischen Planungsphase könne die Ausschreibung im Herbst 2022 und ein möglicher Baubeginn im Frühjahr 2023 erfolgen. Fördergelder seien im Investitionspakt Sporteinrichtungen in Aussicht gestellt.

Herr Büschl spricht sich ebenso wie Herr Oberbürgermeister Deffner für eine Änderung des Beschlussvorschlages mit einer gemeinsamen Aufnahme und Prüfung von Skateanlage und Grillplatz aus.

Beschluss:

Der Bauausschuss stimmt dem neuen Standortvorschlag auf F1St.90 Gmkg. Neues westlich der Schulsportanlage des THG zu. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend die Vorentwurfsplanungen für eine mindestens 600 m² große Anlage (Rollfläche) zur Leistungsphase 1 und 2 zu vergeben und auf Basis dessen ein Lärmschutzgutachten zu beauftragen.

Der Antrag der CSU Fraktion vom 12.01.2022 zur Realisierung eines öffentlichen Grillplatzes wird in die Planung aufgenommen und geprüft.

Die Ergebnisse sind dem Gremium vorzustellen.

Bis auf weiteres bleibt der Skateplatz am Messezentrum erhalten.

Einstimmig beschlossen.

TOP 2 B+R Offensive - Radabstellanlagen am Bahnhof

Frau Heinlein stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Sachstand zu den Radabstellanlagen im Rahmen der B+R Offensive am Bahnhof Ansbach vor.

Die Stadt Ansbach bemüht sich im Rahmen der Bike- und Ride- Offensive (B+R) die Radabstellanlagen im Bereich des Bahnhofs zu erneuern und die Anzahl der Abstellmöglichkeiten zu erhöhen. Auch zusätzliche Serviceangebote, wie bspw. Reparaturstationen, sollen geschaffen werden.

Hierfür fand im Mai 2021 ein Abstimmungsgespräch mit der DB B+R und DB Station & Service statt, wie auch bereits im Bauausschuss am 10.05.2021 berichtet wurde. Das Ergebnis der Flächenprüfung durch die DB wurde der Stadt Ansbach am 17.12.2021 übermittelt.

Die folgenden Flächen wurden positiv geprüft (s. auch Anlage):

Fläche	Beschreibung	Planung	Mögliche Anzahl Abstellanlagen
A9, A10, A11	West, zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise	Sammelschließanlagen / überdachte Abstellplätze, jeweils mit Doppelstockparkern	288
B8, B9	Ost, zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise	überdachte Abstellplätze mit Doppelstockparkern Reparaturstation	168
D1	West, vor Bahnhofsgebäude	Anlehnbügel Reparaturstation	20
E2	Ost, vor Bahnhofsgebäude	Anlehnbügel	18
F1	Süd, neben Aufzug	Überdachte Abstellplätze mit Doppelstockparkern	24
H1	Süd, auf Parkplatzfläche	Überdachte Abstellplätze / Sammelschließanlagen mit Doppelstockparkern	48

Lediglich die Flächen C (Ost, auf P+R zwischen Bahnhofsgebäude und Gleise) und G (Süd, auf DB Netz Flächen) wurden negativ geprüft.

Auch die Inanspruchnahme oder Anmietung des leerstehenden bzw. untergenutzten Gebäudeflügels des Bahnhofsgebäudes zur Post wurde nicht positiv beschieden und scheidet daher aus.

Vor Beginn des barrierefreien Umbaus waren ca. 215 nutzbare Abstellmöglichkeiten vorhanden. Bei einer Bedarfsabschätzung 2014 konnten 340 abgestellte Räder festgestellt werden. Würden alle Abstellmöglichkeiten entsprechend der Flächenprüfung umgesetzt werden, könnten 566 Abstellmöglichkeiten am Bahnhof geschaffen werden.

Da die Kommunalrichtlinie derzeit einen Corona-Bonus von 10 % enthält, wurde durch die Verwaltung vorsorglich noch im Dezember 2021 der Förderantrag über PTJ (Projekträger Jülich) für alle positiv geprüften Flächen eingereicht. Mit der Einreichung des Förderantrages ist zunächst keine Bauverpflichtung verknüpft.

Seitens der DB S&S wurde im Rahmen des barrierefreien Ausbaus angeboten, die Flächen West und Ost für die Errichtung der Radabstellanlagen vorzubereiten, alle

notwendigen Baumaßnahmen (u.a. Fundamente) umzusetzen. Dies würde über einen Nachtrag erfolgen, auf Basis des bestehenden Bauvertrags nach Kostenübernahmeerklärung durch die Stadt Ansbach. Für die Flächen Ost und West (A9, A 10, A 11, B 8 und B 9) wurden auf Basis der bestehenden Verträge Kosten für die Rohbauvorarbeiten in Höhe von netto 326.585,-€ ermittelt (geschätzte Kosten, ohne Baustelleneinrichtung und Verkehrssicherung von DB S&S). Die Gesamtkosten für die Arbeiten belaufen sich auch ca. 390.000€ brutto.

Für die weiteren Flächen (E 2, D 1, F1 und H 1) belaufen sich die Kosten auf Basis der Kostenschätzung der DB entnommen aus den Flächen A und B für die Rohbauvorarbeiten auf ca. 185.000,- €.

Die vorbereitenden Bauarbeiten (Oberflächenbefestigung, Fundamente, Entwässerung, Leerrohre Stromversorgung, Beleuchtung) könnten so für die Flächen Ost und West im 3. Quartal 2022 erfolgen, sofern die erforderliche Finanzierungszusage und die entsprechenden Planungen vorliegen.

Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Unbekannten durch eine fehlende Baugrunduntersuchung und Planung gibt, die das Treffen von Annahmen erforderlich gemacht haben. Das betrifft u.a. die Entsorgungskosten der anfallenden Ausbau-/Rückbaustoffe, den Aufwand für die Kampfmittelerkundung und die Kosten für die Entwässerungsanlagen befestigter Flächen und Dachflächen (zugrunde liegt ein grob skizziertes Entwässerungssystem für die Flächen).

Die Gesamtkosten für die Fahrradabstellanlagen belaufen sich auf insgesamt 1.040.000,- € brutto. Davon entfallen 465.000,- € auf die Abstellanlagen selbst und 575.000,- € auf die Rohbauvorarbeiten (Fundamentierung, Entwässerung und Beleuchtung).

Im Rahmen der Bike- + Ride-Offensive beträgt der Fördersatz 70%. Gefördert werden die o.g. Gesamtkosten, jedoch keine Fahrradparkhäuser. Im städtischen Haushalt wurden für 2022 bisher 500.000,- € beantragt.

Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Ansbach den Unterhalt und den (wenn auch delegierten) Betrieb der Anlage übernehmen bzw. finanzieren muss. Hierüber existieren derzeit noch keine Größenordnungen.

Aus dem Gremium wird

- nachgefragt, ob sich die Fläche H1 im Eigentum der Stadt Ansbach befindet.
- angefragt, wie mit Flächen nach fünf „kostenfreien“ Jahren verfahren wird.
- sich erkundigt, ob Pläne für ein Parkhaus südlich der Bahnlinien existieren.
- die Gebühren- bzw. Mietregelung kritisch betrachtet.
- nach dem in Anspruch genommenen Förderprogramm und nach höheren Fördermöglichkeiten gefragt.
- sich nach Reparaturstationen und abschließbaren Möglichkeiten für Radtaschen erkundigt (Schließfächer).
- angefragt, ob das Vorhaben auch selbständig und ohne Beteiligung der Bike & Ride Offensive möglich sei.

- darauf hingewiesen, dass gerade hochpreisige Fahrräder diebstahlversichert sind.
- darum gebeten, Ladestationen für E-Bikes, evtl. in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken, anzubieten und die abschließbare Sammelanlage auch für Gelegenheitsradfahrer und Radtouristen kurzfristig buchbar zu gestalten.

Herr Büschl berichtet, dass sich die Fläche H1 im Eigentum der Stadt Ansbach befindet. Regelungen werden mit der Bahn in einem zukünftigen Gestattungsvertrag festgelegt. Da der vorhandene Parkplatz südlich der Bahnlinien nicht intensiv genutzt wird, wurde diese Fläche in die Planungen mit einbezogen. Ein evtl. späterer Bau eines Parkhauses könne ggf. nicht nur durch Fahrzeuge, sondern auch durch Fahrräder genutzt werden. Eine spätere Nachrüstung der offenen Stellplatzmodule sei laut Herrn Büschl denkbar, um der Entwendung von Rädern noch besser gegenzusteuern.

Frau Heinlein ergänzt, dass die Höhe der Mietzahlungen werde noch geregelt, da die Stadt Ansbach durch geförderte Anlagen keine Einnahmen erzielen darf und nur die Kosten für den Eigenaufwand von Pflege und Wartung, sowie Reinigung etc. refinanzieren darf. Nach höheren Fördermöglichkeiten hatte sich die Verwaltung bei der Regierung von Mittelfranken bereits erkundigt.

Frau Heinlein zeigt Beispiele von Reparaturstationen und führt weiter aus, dass auch eine Vorstellung des Projektes durch die Bahn im Gremium denkbar sei. Die in Aussicht gestellten Fördermöglichkeiten sind über das Programm Bike & Ride Offensive angedacht. Bei den Modernisierungsplänen der Bahn wurden Schließfächer bereits eingeplant, Ladestationen für E-Bikes sind standardmäßig vorgesehen. Für Lastenfahrräder sei kein gesonderter Platz ausgewiesen, diese können jedoch an den offenen Bügelanlagen befestigt werden.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt einen Beschluss über 120 abschließbare Stellplätze, abschließbare Schließfächer und die Thematik Ladeinfrastruktur im Gremium.

Aus dem Gremium werden die Platzverhältnisse und die Kosten für 120 abschließbare Stellplätze hinterfragt, diese sind bislang nicht kalkuliert worden.

Herr Oberbürgermeister Deffner gibt an, über abschließbare Stellplätze abstimmen zu lassen. Bezüglich der Schließfächer und der Landeinfrastruktur nimmt die Verwaltung die Anregungen auf und werde sich an die Bahn wenden bzw. auf die Stadtwerke zugehen.

In der anschließenden Abstimmung wird der Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen gegen vier Stimmen abgelehnt.

Herr Oberbürgermeister erklärt abschließend, dass die Bike & Ride Offensive am Ansbacher Bahnhof ein Quantensprung zu den bisher angebotenen Leistungen sei. Die Umsetzung könne vergleichsweise zeitnah erfolgen.

Herr Büschl bedankt sich für die ausführliche Zusammenstellung. Es handele sich hier um ein Vorhaben von bedeutender Größenordnung, da die Flächen rund um den Ansbacher Bahnhof vollständig neugestaltet werden. Die Verwaltung werde die offenen Parameter prüfen, um ausstehende Fragen klären zu können.

Beschluss Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Die Verwaltung prüft die flexible Erweiterungsmöglichkeit der abschließbaren Sammelanlagen, um eine Nachrüstung zu einem späteren Zeitpunkt zu ermöglichen.

Mehrheitlich abgelehnt (Ja 4 / Nein 12)

Beschluss Verwaltung:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt-, Finanz und Wirtschaftsausschuss, dem Stadtrat folgenden Beschluss zu empfehlen:

Im Falle eines positiven Fördermittelbescheides werden alle in der Vorlage genannten und beantragten Fahrradabstellanlagen und Reparaturstationen umgesetzt.

Das Herrichten der Flächen Ost und West wird voraussichtlich im Rahmen des barrierefreien Ausbaus über die über Bahn und deren bestehende Vertragslage erfolgen.

Die Kosten i.H.v. derzeit geschätzten 1.040.000,- € sind, soweit nicht bereits finanziert, im Haushalt 2023 vollumfänglich bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt notwendige Gestattungsverträge mit der DB AG, bzw. DB S&S und dem Bahnhofsmanagement innerhalb der o.g. Verpflichtungen und des bestehenden Finanzierungsrahmens zu schließen.

Mehrheitlich beschlossen (Ja 15 / Nein 1)

Abstimmungsergebnis: Ja 15 Nein 1

Mehrheitlich beschlossen.

TOP 3 Anfragen/Bekanntgaben

Keine

TOP 4 Bekanntgabe des Wegfalls der Geheimhaltung der in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse (§ 37 GeschOStR)

Die Geheimhaltung bleibt bestehen.

Auflageverfahren

Die Niederschrift über die Sitzung des Bauausschusses vom 22.11.2021 wurde durch Auflage genehmigt.

Thomas Deffner
Oberbürgermeister

Birgit Pflug
Schriftführer/in